

Dresdner Volkszeitung

Verlagsbüro: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsbüro: Sächs. Staatsbank, Dresden,
Kauf der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, H.-G., Dresden,
Gebrüder Krensch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einschickung höherer Gewalt, bei der Verlesung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“ anhebend „Voll und Teil“ per Woche 25 Pf., vierteljährlich 1,00 RM., Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitzingstr. 10, Fernsprecher Nr. 2581. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 1 Uhr, Samstag von 10 bis 12 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Kompositseite 10 Pf., die 50 mm breite Kompositseite 20 Pf., für ausserordentliche Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienangelegenheiten, Stellen- und Mietangebote 10 Pf. pro Absatz für vierwöchigen Zeitraum.

Nr. 159

Dresden, Dienstag den 10. Juli 1928

39. Jahrg.

An die Partei!

Küsst den Tag! - 1878/1928

Deutsch-polnische Verständigung?

P. Die vom Reichstag mit großer Mehrheit gebilligte Erklärung der Reichsregierung enthielt nur wenige Einzelheiten über die Außerpolitik. Sie beugte sich mit Recht, die Frage der Rheinlandräumung und der endgültigen Festlegung der deutschen Kriegsverpflichtungen in den Vordergrund zu rücken. Andere außenpolitische Fragen, wie z. B. das Ostproblem, sind natürlich ebenso wichtig. An keiner Lösung ist das Reichskabinett deshalb im gleichen Ausmaß interessiert, wie an der Regelung anderer schwebender politischer Probleme. Aber es gibt Fragen, deren Lösung man nur durch praktische Verhandlungen und nicht durch programmatische Erklärungen vorwärts treiben kann. Dazu gehört auch die längst notwendige Verständigung zwischen Polen und Deutschland auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Die Initiative hierzu wird in manchen wichtigen Fällen auf der Gegenseite liegen müssen.

Das gilt vor allem für die Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Hier ist seit Monaten wieder einmal eine Stagnation eingetreten, deren formale Ursache auf polnischer Seite liegt. Die bekannte polnische Grenzverordnung, die das Aufenthaltsrecht von Ausländern, und zwar in erster Linie von deutschen Staatsangehörigen, in wirtschaftlich wichtigen Grenzgebieten administrativen Sonderbestimmungen unterwirft, hatte neue Auseinandersetzungen zwischen Warschau und Berlin zur Folge. Die Materie des Niederlassungsrechts, die einen Teil des Verhandlungsstoffes bildet, war bereits im Sommer vorigen Jahres durch Erörterungen des deutschen Gesandten in Warschau geklärt worden. Polen schaffte trotzdem einseitig neue Tatbestände, indem es die Grenzverordnung erließ. Als Abdruck der so entstandenen Meinungsverschiedenheiten hatten sich Mitte April die beiden Bevollmächtigten Deutschlands und Polens in Wien auf ein Programm über die Fortsetzung der Verhandlungen geeinigt. Die polnische Regierung schloß sich diesem Programm jedoch nicht an. Der tiefere Grund ihrer Zurückhaltung war, daß Polen auf den Ausgang der deutschen Wahlen wartete und von deren Auswirkungen ein stärkeres Entgegenkommen in einzelnen Fragen erhoffte.

Das Ergebnis dieser Wahlen und ihre Auswirkung in Gestalt einer Regierung unter Führung der deutschen Sozialdemokratie liegen nunmehr vor. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß für eine derartige Regierung manche Demurrungen bei der Herstellung besserer Beziehungen zu Polen wegfallen. Andererseits kann dieses Kabinett mindestens Anspruch darauf erheben, daß es in Bezug auf seine politischen Absichten in Polen mindestens das gleiche Vertrauen findet, das ihm gegenüber maßgebende englische und französische Kreise bisher bereits zum Ausdruck gebracht haben. Voraussetzung dazu ist natürlich, daß dem guten Willen auf deutscher Seite ein ebenfalscher Wille auf polnischer Seite gegenübersteht. Unglückselige Reden, wie sie z. B. der polnische Außenminister Jalecki vor einigen Wochen gehalten hat und die praktisch nichts anderes bedeuten, als eine Quertreiberei gegen die Rheinlandräumung, vermögen das Verhältnis zu Deutschland natürlich nicht zu bessern. Derartige Ausführungen beweisen u. E. nur zu deutlich, wie schwer es der polnischen Regierung fällt, sich politisch mit dem wiederaufstehenden Deutschland anzufinden. Die Angst vor Deutschland, die beispielsweise auch in der polnischen Minderheitenpolitik immer wieder zum Ausdruck kommt, bestimmt leider immer noch die Haltung des polnischen Kabinetts im wesentlichen Maße. Das muß aufhören. Andererseits darf man in Warschau nicht vergessen, daß ein Handelsvertrag in erster Linie eine wirtschaftlich-geschäftliche Abmachung darstellt und es ganz selbstverständlich ist, daß die gegenwärtige Regierung die Wahrung der deutschen Interessen bei allen Verhandlungen mit ausländischen Partnern als ihre Hauptaufgabe betrachtet. Statt dieser Einsicht ist in der polnischen Presse bis in die letzte Zeit hinein immer und immer wieder der Standpunkt vertreten worden, daß Deutschland irgendwelche phantastischen Pläne der wirtschaftlichen Unterjochung Polens verfolgte. Davon kann gar keine Rede sein. Deutschland wünscht eine ehrliche Verständigung. Wenn das offizielle Polen daran auch heute noch nicht glaubt, dann ist ihm nicht zu helfen.

Es ist u. E. weniger wesentlich, ob man nun angelegentlich der beiderseitigen Einstellung zu den Verhandlungen bei der Wiederaufnahme der Erörterungen von dem bisherigen Projekt des sogenannten kleinen Handelsvertrages ausgeht oder ob man den Rahmen weiter spannt, obwohl der erstere Weg sicher der einfachere wäre. Die Hauptsache ist vielmehr, daß man auf beiden Seiten nicht nur einen politischen und wirtschaftlichen Protektionismus im Auge hat, sondern in erster Linie den großen Vorteil berücksichtigt, den beide Teile aus einer Regelung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen gewinnen würden. Von diesem Gesichtspunkt aus wird — davon sind wir überzeugt — die neue Reichsregierung an die bevorstehenden Verhandlungen mit Polen herangehen und versuchen, sie möglichst bald zu einem zu-

Am 21. Oktober des Jahres 1878 trat das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ in Kraft.

50 Jahre sind seitdem ins Land gegangen! 50 Jahre historischen Geschehens treten in den Kreis der Erinnerung.

Am 21. Oktober 1878 wurde die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse Deutschlands durch ein Ausnahmegesetz schimpflichster Art außerhalb des allgemeinen Rechts gestellt und brutaler Polizeivillkür, schmähtlichem Spionagesystem ausgeliefert. Was die Polizei durch blutige Verbote von Zeitungen, Vereinen, Gewerkschaften vorbereitete, was ein verlogenes Spionagetum förderte, wurde später von der Justiz durch vom Reichsnachrichtendienst unglücklich harte Strafurteile vervollständigt.

Eine Flut von Erinnerungen taucht aus der Zeiten Schatzkammer. Wie sah es damals in der Arbeiterbewegung aus?

Die Organisationen waren zerstückt, die Klassen leer, die tätigen Genossen ausgewiesen, die Parteiorgane verboten, jeder halbwegs verdächtige Genosse auf Schritt und Tritt von Spionen verfolgt. Die Anwesenheit, die in Frankfurt a. M. die Führer der Bewegung am Reichsnachrichtendienst, dem „Reich der Menschenliebe“, traf, kennzeichnet unauflöslich den Geist jener Zeit, in der das Parteileben gelähmt und die Agitationsfähigkeit der Partei zertrümmert schien.

Bald aber richtete sie sich wieder empor. Mutige Entschlossenheit, getragen von einer Opferwilligkeit ungleichlichen, fand die Mittel und Wege, die Agitation und Propaganda für die Partei in intensiverer Weise als je zuvor, trotz Sozialistengesetz, zu betreiben.

Weit über 1000 Parteigenossen wurden durch die Verbannung des kleinen Verlagerungszustandes von Reich und Mund gerissen, existenzlos gemacht und in die Verbannung getrieben.

1299 Zeitungen und sonstige Druckschriften sind verboten worden.

52 Gewerkschaften, Unterstützungs-, Gesang-, Turn-, Vergnügungs- und politische Vereine wurden aufgelöst und an tausend Jahre Strafbast und Untersuchungshaft über die Arbeiter Deutschlands verhängt, um den Nachgelassen der Bourgeoisie an der machtvoll vordringenden Arbeiterklasse Befriedigung zu geben.

Mit allen Mitteln suchte man die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie abzuweiden zu machen: neben die Peitsche des Sozialistengesetzes das Hungerbrot der Versprechung sozialer Reformen.

Aber in unerschütterlicher Treue hielt die deutsche Arbeiterschaft an der Sozialdemokratie fest. Dank gebührt jenen Kämpfern, die die Wunden des Kampfes zu tragen hatten. Sie sind die Sieger geblieben. Sie stehen hoch und triumphierend über den Tagen, da sie gehetzt, gemäht und geachtet wurden. Ihr Werk ist in imponierender Größe gediehen. Das Sozialistengesetz fiel. Die Sozialdemokratie triumphierte.

„Glaubt an den Sieg und ihr werdet sitzen!“ Man ein geschichtliches Ereignis lehrt so eindringlich die Macht der Ueberzeugung wie das deutsche Sozialistengesetz. Die damals einer übermächtigen Welt von Feinden zum Trotz der sozialistischen Idee den Weg bahnten, haben es erlebt, wie aus der kleinen verfolgten Schar die stärkste Partei wurde, auf deren Ueberwindung niemand mehr rechnen konnte. Die Tausende, die unter dem Joch des Sozialistengesetzes rangen, die Weisheit bekannnten wie die Namenlosen, leben heute noch in ihrem Werk, in der Größe und Macht der sozialistischen Bewegung.

In Wismar, dem Mann von Blut und Eisen, der die Sozialdemokratie in Wut ertränken wollte, sank der Drache dahin, bezwungen von dem jungfräulichen Niesen Proletariat. Neu entstanden die Organisationen der Partei, der Gewerkschaften: das Genossenschaftswesen blühte empor. Die sozialdemokratische Presse wurde zu einer Macht, die der täglichen Preussenerziehung der kapitalistischen Presse mit Erfolg entgegentrat. Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, der

Arbeiter-Sängerbund, die Volksbühnenbewegung und andere sich im sozialistischen Kulturbund betätigende Organisationen förderten zu ihrem Teil den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Schulter an Schulter mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer marschierte die deutsche Arbeiterklasse vorwärts. Kulturpolitisch, wirtschaftlich und staatspolitisch spannte sie ihre Ziele höher und im Gleichschritt der Arbeiterbataillone marschierte sie an der Spitze des internationalen Sozialismus — dem Siege entgegen. Selbst jene Periode des Grauens, die im Weltkrieg die Völker der Welt gegeneinander marschieren und Millionen dahinsinken sah, vermochte nur zeitweise den Vormarsch des internationalen Sozialismus zu hemmen. Kaum war der eherne Mund der Kanonen verstummt, als die Soldaten des Sozialismus sich bereits wieder zusammenfanden zu neuer Arbeit im Sinne und Geist des Kampfes gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Verbände vorübergehender Parteipaltung schlossen sich und auch international gliederten sich Gewerkschaften und politische Organisationen wieder in Kadern, wie sie an Stärke die Welt niemals gesehen.

„Es ist nichts anders geworden“, so höhnt manch einer, der die Geschichte nicht kennt, der den Sturz der Monarchie, das Werden des Volksstaates und seine innere Gestaltung nicht zu fassen vermag oder nicht fassen will. Aus der kleinen verfolgten Schar, die vor 50 Jahren zerstreut werden sollte, ist die Sozialdemokratie, die Partei des schaffenden Volkes, die Partei der Kopf- und Handarbeiter, geworden. In Reich, Staat und Gemeinde sehen wir ihren gesteigerten Einfluß. Es ist der zielbewußten Arbeit der Millionen namenloser Kämpfer zu danken, wenn heute an der Spitze wichtiger Ministerien in Reich und Ländern Sozialdemokraten stehen und wenn in den Parlamenten Sozialdemokraten Träger der höchsten Würden sind.

Hinter ihnen aber muß stehen, allen störenden Tendenzen zum Trotz, der geschlossene Wille der Arbeiterschaft, der Entwicklung die Wege zu ebnen und den Bau zu vollenden, den unsere Alten prophetisch sahen, zu dem sie den Grundstein legten und den aufzuführen wir weiter tätig sind:

Den Bau der freien sozialistischen Gesellschaft!

Zum 21. Oktober dieses Jahres ruft die Sozialdemokratie euch, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte, zu gewaltigem Aufstakt.

Ein Tag geschichtlicher Lehre ruft, an dem alle Zweige der Arbeiterbewegung und alle befreundeten Verbände, die den Kulturbestrebungen der Sozialdemokratie mit dienen, sich vereinen zum Tag des Bekennnisses, zum Tag der Werbung, zum Tag der Förderung für die Ideen des Sozialismus.

Am 21. Oktober hält die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Heerschau ab.

In jeder Stadt, in jedem Dorf, überall, wo sich Genossenschaftsgenossen finden, vereine dieser Tag Männer, Frauen und Jugendlichen, um in Rückblick und Ausblick neue Kräfte zu sammeln, die Organisation zu stärken und das Feuer der Begeisterung hochlodern zu lassen zu einer Flamme, die wahrhaft idealen Sinnes, an der alle die sich vereinen sollen, die hämisch und neidisch der Arbeiterbewegung ihren Fortschritt hemmen wollen.

Auch der kleinste Ortsverein der Partei muß diesen Tag festlich begehen. Alle der Partei befreundeten Organisationen: Gewerkschaften, Sport- und Turnvereine, Arbeiter-Gesangsvereine, auch die Jugendverbände müssen zu einer würdigen Feier an diesem Tage mit der Partei vereint werden.

Der 21. Oktober, der sozialdemokratische Tag, dient der Vorbereitung für die sozialdemokratische Werbeweche vom 21. bis 29. Oktober. Der 21. Oktober soll alle Organisationen vereinen, die einstmalig von den Schlägen des Sozialistengesetzes getroffen wurden. An die Arbeit! Hoch die Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand